

## **Resolution zur Erklärung des Klimanotstandes in der Landeshauptstadt Potsdam**

(neue Fassung vom 12.08.2019)

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

a) erklärt den Klimanotstand für die Landeshauptstadt Potsdam und erkennt damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für die Kommune Potsdam ist,

b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um das Pariser Klimaziel zu erreichen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen,

c) berücksichtigt ab sofort bei jeglichen Entscheidungen deren Auswirkungen auf das Klima, sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit. Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken, werden bei Entscheidungen berücksichtigt.

d) stellt fest, dass die klimapolitischen Zielstellungen als Masterplankommune und Partnerin im Klimabündnis nur mit einer konsequenten und schnellen Umsetzung des Masterplans und zusätzlichen Anstrengungen eingehalten werden können,

e) orientiert sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen,

f) fordert den Oberbürgermeister dazu auf, den Klimaschutzplan an die Pariser Klimaziele anzupassen und damit den Weg zu einer weitgehenden Klimaneutralität (0,3t/Person) zu bereiten,

g) fordert den Oberbürgermeister auf, der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen Bericht zu erstatten,

h) fordert auch die städtischen Betriebe dazu auf, die eigenen Klimaschutzziele offenzulegen und über die Umsetzung jährlich Bericht zu erstatten und

i) fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht sie Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Die Landeshauptstadt Potsdam appelliert daher sowohl an die Bundesländer, als auch den Bund, ihre Bemühungen um einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Verstromung fossiler Energieträger zu intensivieren und die finanziellen Mittel für eine ökologisch und sozial gerechte Energiewende zur Verfügung zu stellen.

Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung nicht nur des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.